



MASCHEROODE

AKTUELL

Sozialdemokratischer Bürgerbrief

Juni 90

Planungsamt ändert Konzept

NEUER VORSTOSS

Die ersten Versuche des Planungsamtes, einen Bebauungsplan für den Großen Schafkamp beschließen zu lassen, konnten abgewehrt werden. Der Bezirksrat war einig - und Einigkeit macht bekanntlich stark.

Der Vorgang - und da hatte sich auch niemand Illusionen gemacht - lief aber weiter.

Das Planungsamt hat, wie sich der Bezirksbürgermeister ausdrückt, "Schularbeiten" gemacht.

Was ist dabei herausgekommen? - Ein neuer Vorschlag. Die Mauer an der Salzdahlumer Straße ist aus der Planung verschwunden. In dieser Zeit fallen Mauern! Es wurden eine Reihe Bauplätze aus der Planung entfernt, um einen weiteren Abstand zur Straße zu gewinnen, und ein Erdwall soll den Straßenlärm abschirmen.

Die Friedhofserweiterung

wird nicht weiter behindert. Die Erschließung mit Verkehrswegen wurde wesentlich überarbeitet und verbessert; ein Platz für das Volksfest ist am Regenwasserrückhaltebecken vorgesehen, das für weitere Wasseraufnahme des Neubaugebietes erweitert wird.

Die Kanalisation durch das Dorf sei ausreichend und der Sportplatz sei weit genug vom Neubaugebiet entfernt.

Ist nun erfüllt, was in Sonderausgaben dieser Zeitung, bei Unterschriftenaktionen und in Leserbriefen gefordert worden ist?

Was hatte doch der Bezirksrat des weiteren gegen die Bebauung angeführt?

Nicht verträglich mit dem angrenzenden Landschaftsschutzgebiet

Das Stadtplanungsamt hat (wie zuvor an der Mauer) nichts Unübliches an der Nähe des Wohngebietes zum Schutzgebiet entdeckt.

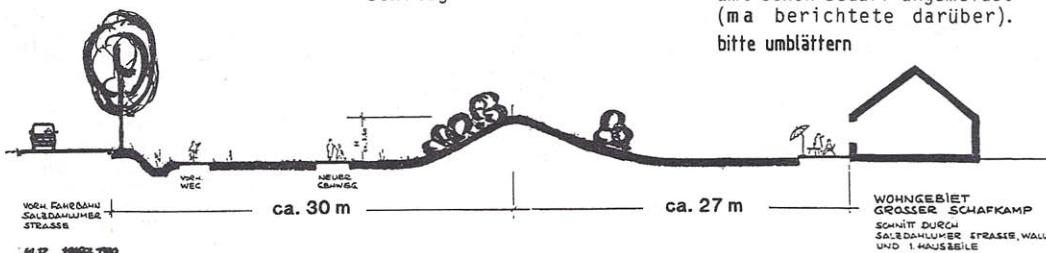
Abträglich dem dörflichen Charakter

Da sei doch schon die häßliche Sporthalle, warum dann die Klagen?

Es wird wieder über den Bebauungsplan abgestimmt werden. Unter neuen Voraussetzungen. Man muß aufeinander zugehen, aber darf man nun die übrigen Forderungen vergessen? Was ist das für eine Planung, die immer mehr Menschen nach Mascherode bringt und die Infrastruktur nicht mitwachsen lässt. Wo bleibt Platz für Handwerk und Dienstleistungsgewerbe. Wie sieht die Zukunft aus, wenn man in Mascherode "nur" noch wohnen kann? Die SPD-Fraktion bemüht sich, Perspektiven zu schaffen und nicht kurzfristige Lösungen. Wenn einmal die Fläche gebraucht wird für strukturelle Maßnahmen, dann ist sie mit Eigenheimen bebaut.

Die von einigen Bezirksratsmitgliedern angestrebte Lösung - der Kompromiß - hätte sein können, daß das Dorf Mascherode an seinen offenen Flanken nach Süden und Westen erweitert wird. Auch hier hat das Planungsamt schon Bedarf angemeldet (ma berichtete darüber).

bitte umblättern



Späte Einsicht

Fortsetzung von Seite 1

Empfindlichkeiten werden hier aber bei anderen - angrenzenden? - Bezirksratsmitgliedern deutlich. Endet hier die Gemeinsamkeit? So wie heute der große Schafkamp werden auch diese Gebiete im Süden und Westen nicht vom Planungamt vergessen werden. Es wird nur noch etwas länger dauern. Wäre es hier nicht sinnvoll, den Schafkamp auszusparen und da weiterzumachen, wo es wohl ohnehin weitergeht? Damit könnte eine Option auf die Zukunft Mascherodes gesichert werden.

Unter den Leserzuschriften, die die Redaktion erhalten hat, war keine, die der Bebauung zustimmte und die Unterschriften, die die CDU gesammelt hat, sind auch keine Zustimmung zum Bebauungsplan. Wer in seiner Wahlausgabe kategorisch eine weitere Bebauung in Mascherode ablehnt, muß sich nun an seinem Votum prüfen lassen.

Liebe Karnevalfreunde,
verehrte Mascheröder.

"Kinder, wie die Zeit vergeht." Welches Motto könnte besser ausdrücken, was sind schon 25 Jahre für einen Verein, wenn sie voller Vitalität und Spannkraft genutzt wurden.

Wir wollen auch im 26. Jahr in unserer Aktivität nicht nachlassen und alle Nährinnen und Narren rund um Braunschweig und ganz besonders die Mascheröder mit närrischen Köstlichkeiten verwöhnen.

Der neue Vorstand hat es sich zum Ziel gesetzt, "Alt- und Neu-Mascheröder" aus ihrer Reserve zu lokken, um sich an unserem Vereinsleben rege zu beteiligen.

Entgegen der bisher ablehnenden Haltung der Bundesregierung wird der Staatsvertrag mit der DDR nun doch die von der SPD geforderten Positionen enthalten! Der Wettbewerbsschutz, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, der Verbraucherschutz, ein soziales Wohn- und Mietwesen sind neben anderen Punkten in dem Vertrag enthalten. Damit wird in der DDR nicht irgend eine, sondern eine soziale Marktwirtschaft eingeführt. Immerhin ein guter Erfolg. Richtig wäre es jedoch gewesen, die Gelegenheit dazu zu nutzen, die sozialen Rahmenbedingungen auch bei uns einer kritischen Überprüfung zu unterziehen! Wie dem auch sei, Bundeskanzler Kohl ahnt vielleicht, welche Gefahr ihm droht, wenn er Deutschlandpolitik weiterhin als seine "Privatsache" betreibt. Und so nimmt er die Opposition noch im letzten Moment mit ins Boot. Die Verantwortung für den Staatsvertrag und die zu erwartende soziale Durststrecke könnte er dann nämlich den Sozialdemokraten zuschieben. Seine Rechnung ginge auf, wenn die SPD ihren Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine fallen ließe, um sich als Partei zu retten.

Arbeitszeit-Verkürzung

Vor 85 Jahren wurde im Reichstag intensiv über den 10-Stunden-Arbeitstag debattiert. Die Regierung gab zu, daß eine übermäßig lange Arbeitszeit gesundheitsschädlich sei. Ein konservativer Abgeordneter lehnte die Einführung des 10-Stunden-Tages mit der Begründung ab, daß damit die Gewinne der Unternehmer zugunsten der Erhöhung des Arbeitslohnes geschmälert würden. Ein solcher Aderlaß entzöge den bereits unter Blutleere leidenden Betrieben die Lebensgrundlage total. Ein national-liberaler Abgeordneter lehnte eine Verkürzung wegen der ausländischen Konkurrenz ab. Der Sprecher der Sozialdemokraten dagegen sagte, daß der 10-Stundentag nur eine Durchgangsstation zum 8-Stunden-Tag sei.

Für die meisten von uns ist das inzwischen wahr geworden. Dennoch darf nicht vergessen werden, daß gerade in manchen Dienstleistungsbetrieben noch immer fast solange gearbeitet werden muß wie zu Großmutter's Zeiten. Diese Ungerechtigkeit muß ein Ende haben!

Mascheroder Karnevalgesellschaft

Rot-Weiß

Da wir neuen Ideen gegenüber stets aufgeschlossen sind, erwarten wir hiervon einen regen Gedankenaustausch und eine Bereicherung für unser Vereinsleben.

Allen Mascherödern rufe ich zu: Macht mit, es gibt für jeden etwas zu tun. Ob beim Biwak oder Komitee, bei unseren Veranstaltungen oder beim Schmücken der Umzugswagen. Ob vor oder hinter den Kulissen, jeder kann zum Gelingen beitragen!



Auch bereits bestehende Kontakte zu Karnevalgesellschaften aus Elbingeroode, Genthin und Magdeburg (DDR) werden weiter gepflegt und vertieft.

Mit Mascheroder He-lau

Dieter Blankensee
Präsident und 1. Vorsitzender
Buchenkamp 36 a
Tel. 692 853 BS-Mascherode

OSKAR LAFONTAINE

"Die Richtigkeit unserer Kritik wird sich bald erweisen"

In der letzten Zeit hat es viel Irritation über den Weg der SPD und ihres Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine gegeben. In einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung erläuterte er vor wenigen Tagen seinen Standpunkt:

SZ: Viele in der SPD und vom allem der Bundestagsfraktion haben Ihre Position nicht verstanden. Wie lautet Ihre Erklärung?

L.: Ich habe meine Positionen mehrfach dargelegt, während des Wahlkampfes in der DDR, dann bei meiner Nominierung durch den SPD-Vorstand und den Parteirat. Jeder kannte also meine Position. Hinsichtlich meiner Empfehlung, den Vertrag im Bundesrat passieren zu lassen, verweise ich auf das, was die Menschen im Fernsehen sehen: die Bürger der DDR füllen schon die Formulare zur Umstellung ihrer Konten in DM aus. Rentenbescheide auf DM-Basis werde schon zugestellt. Waren geschäfte und Kreditgeschäfte werden schon in DM gemacht. Jeder Sachkundige weiß, daß wenige Tage vor Inkrafttreten einer Währungsunion diese selbst nicht mehr aufzuhalten ist. Im Grunde genommen sind Bundestag und Bundesrat am 21. und 22. Juni zu einer Entscheidung gerufen, die bereits Wirklichkeit ist.

SZ: Wie lautet also jetzt Ihre Empfehlung an die Entscheidungsgremien in der SPD?

L.: Der Bundesrat hat die Aufgabe, die Länderinteressen zu wahren. Im Bundestag artikuliert sich die parlamentarische Opposition. Da ich seit dem Frühjahr - auch im Wahlkampf in der DDR - von der schnellen



Einführung der DM abgeraten habe und da für mich diese Entscheidung wesentlicher Bestandteil des Vertrages ist, habe ich geraten, diesen Vertrag im Bundestag abzulehnen.

SZ: Die SPD wird, so hat ihr Vorsitzender verkündigt, ihren Kanzlerkandidaten nun mit aller Macht zu unterstützen. Wobei?

L.: Es geht um eine klare politische Konzeption auch in der Deutschlandpolitik. In der Übersiedlerfrage haben wir die falsche Politik der Bundesregierung korrigiert. Im Staatvertrag hat die Bundesregierung alle Forderungen übernommen, die ich zu Jahresbeginn aufgestellt hatte. In der Frage der Währungsunion wird sich die Richtigkeit unserer Kritik an der schnellen Einführung der DM in wenigen Monaten erweisen. Es war eine gravierende Fehlentscheidung des Bundeskanzlers, gegen den Rat der Bundesbank und des Sachverständigenrates die Einführung der DM anzubieten. Die Desavouierung der Bundesbank wird sich noch rächen. Die Tatsache, daß wir den höchsten Realzinssatz nach dem Kriege haben, sollte Veranlassung zum Nachdenken sein.

SZ: Wird es eine Wahlkampf geben, indem noch die Frage der Einheit dominiert, oder werden wieder die Sachthemen im Vordergrund stehen?

L.: Was die SPD in ihrem Programm "Fortschritt 90" zu den Fragen der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft formuliert hat, bringt die Interessen der Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR auf einen Nenner. Ökologische Erneuerung in der DDR nützt auch uns in der Bundesrepublik - soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik nützt auch den Menschen in der DDR.

SZ: Das heißt: Sie stellen sich, was die Themen angeht, auf einen gesamtdeutschen Wahlkampf ein?

L.: Ja, denn eine Politik, die die Themen unserer Zeit aufgreift, gilt für beide Teile des Landes. Für mich kommt die demokratische Frage hinzu. Grundlage der deutschen Einheit kann nicht die Entscheidung des Bundeskanzlers sein, sondern die Bevölkerung muß gefragt werden. Deswegen halten wir die Forderung aufrecht, daß über eine gesamtdeutsche Verfassung das Volk entscheiden muß!

Entscheidung muß fallen - Bürgermeinungen

Diese Überschrift gaben wir dem Haupartikel der März-Ausgabe von *ma*. Er sagt, daß es etwas zu tun gibt und nicht, wie es manchem Leserbrief zu entnehmen ist, daß bereits entschieden sei. Aufgrund unserer Aufforderung, uns "Argumente für und wider die skizzierte Linienführung des Stadtbus-ses" durch den 'Rautheimer Winkel' mitzuteilen, erhielten wir eine Unterschriftenliste (130 Unterschriften) und eine Anzahl von Briefen sowie einige Telefonate.



Der Initiator der Unterschriftensammlung, Herr Wolfgang Fiedler vom 'Kleinen Schafkampf', erhielt in einer öffentlichen Bezirksratsitzung Gelegenheit, seine Argumente gegen eine Buslinie in diesem Wohngebiet vorzutragen. Zusammengefaßt stehen sie auf dem Deckblatt für die Unterschriftenaktion:

"Der Bedarf ist nicht gegeben, Bus bringt Mehrverkehr, Vorfahrtberechtigung mit Tempo 30 ist widersinnig und gegen die 10. Verordnung zur Änderung des StVO, die Ruhe und der ländliche Charakter sind nicht mehr gegeben, starke Lärmbelästigung für die Anwohner, die Wohnqualität wird erheblich darunter leiden, Kosten werden vermieden, Sicherheit der

Kinder auf dem Weg zu ihren Spielplätzen wäre stark gefährdet."

Jeder dieser Punkte ließe sich ausführlich kommentieren. Wir überlassen dies zunächst dem aufgeklärten Bürger. Herr Fiedler festigte seine Ablehnung der Buslinie mit der Bemerkung: Sollte es ältere Menschen geben, die den Weg bis zur Haltestelle nicht schaffen, dann sollte an die christliche Nächstenliebe in der Nachbarschaft appelliert werden.

Gegenposition bezogen größtenteil schriftliche Stellungnahmen einzelner, zumeist älterer Mitbürger, Noch-Autofahrer und Nicht-Autofahrer.

Zitate...

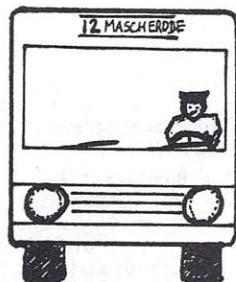
"... zu Ihrer vorstehenden Frage teile ich Ihnen mit, daß ich (Rentnerin) die neue Busführung mit Haltestelle am Telefon-Häuschen Buchenkamp sehr begrüßen würde. Ich muß viel Geld für Taxen ausgeben; das würde dann entfallen. Zwar kann ich nur für mich sprechen, aber gerade in den Mietwohnungen am Erlenkamp wohnen eine ganze Reihe älterer Menschen, die sich möglicherweise nicht zu Wort melden."

"Wenn sich Anwohner durch die neue Linienführung belästigt fühlen sollten, dafür haben wir kein Verständnis. Die vorgesehene Haltestelle am Telefonhäuschen kann es nicht sein. Wir wohnen jetzt 15 Jahre hier und finden den rapide zugenommenen privaten Autoverkehr mit all seinen Nachteilen für Mensch und Umwelt viel schlimmer."

"Ich hoffe auf Überstimmung derer, die dagegen sind."

Wie wir von der Verkehrs AG erfahren, wird sich in diesem Jahr nichts am Busverkehr der Linien 12 und 112 ändern, auch das Umsteigen am Krematorium muß noch nicht sein. Damit wird es zunächst weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung im öffentlichen Nahverkehr geben. Dennoch muß in nächster Zeit eine Entscheidung getroffen werden. Die Mascheroder Sozialdemokraten werden in nächster Zeit ihre Vorstellungen zur Linienführung des Busses durch den Ort und zur zeitlichen Busfolge weiter entwickeln und dann vorstellen.

Zur besonderen Wohnqualität unseres am Rande der Stadt gelegenen Ortes gehört sowohl die schöne ländliche Umgebung als auch eine gute Verkehrsanbindung an die Innenstadt. Dies darf nicht nur für den Individualverkehr mit dem eigenen Auto gelten, sondern muß gerade denen ermöglicht werden, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen müssen oder wollen.



Nachbarstadt entdeckt !?

Kultur in ihrer trockensten Form wurde den Mitgliedern und Freunden des Kultürkreises Ende April geboten: für die erste Veranstaltung des Sommerhalbjahres konnte Frau Thiele gewonnen werden, die sehr engagiert und fast nicht zu bremsen eine überwältigende Fülle von Details über die Geschichte und den Inhalt der wichtigsten Bücher des europäischen Raumes zu erzählen wußte. Dies alles in der ältesten und bedeutendsten Bibliothek Deutschlands, der 1572 gegründeten "Herzog-August-Bibliothek" in Wolfenbüttel, einer Bibliothek, zu deren über 400.000 Bänden jedermann seit ihrer Gründung ungehindert Zutritt hat.

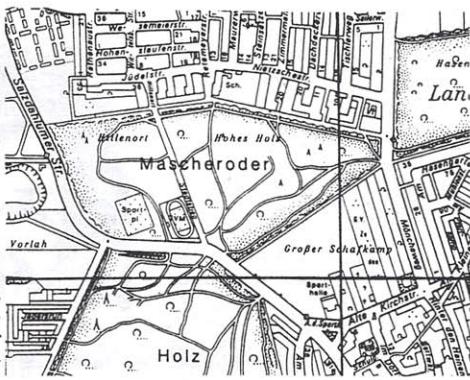
Nach einer Aufmunterung auf dem Gut Steinhof mit bestem Zichorienkaffee, dessen Anbau und Herstellung in unserer Gegend ein bedeutender Wirtschaftsfaktor war, wendet sich der Kultürkreis demnächst wieder südlicheren Gefilden zu: am Ziel einer kleinen Rad- bzw. Autofahrt wird der bekannte Braunschweiger Willi Schulze am 30. Juni mit dem Kultürkreis einen Rundgang durch die schönsten Winkel Wolfenbüttels unternehmen, von denen manche wohl nur wenigen Mascherodern bekannt sein dürften.

GROSSER SCHAFKAMP kontra TVM ?

Zu diesem Thema, das den Mascheroder Bürgern schon lange ein Anliegen ist, erreichte uns ein Leserbrief, den wir hier wiedergeben:

"Der TVM spricht sich ebenfalls gegen eine Bebauung dieses Gebietes aus, die sich aus egoistischen Gründen von den bisher vorgetragenen Argumenten abheben:

Die Rechtsprechung in diesem Land sieht in der Betreibung einer Sportanlage in der Nähe eines Wohngebietes eine Beeinträchtigung der Freiheit des dort wohnenden Menschen, weil dort Lärm entsteht, der das Wohlbefinden beeinträchtigt. Es spielt dabei keine Rolle, daß unsere Sportanlage früher existierte als ein später gebautes Wohngebiet. Wir befürchten, bei evtl. auftretenden Rechtsstreitigkeiten zu unterliegen und daß eine Einschrän-



kung, wenn nicht gar eine Einstellung des Sportbetriebes zu erwarten ist. Der Vertrag mit der Stadt Braunschweig zur Übernahme des Hartplatzes enthält eine Klausel, daß der Platz auf Wunsch für Volksfeste zur Verfügung zu stellen ist, auch in diesem Fall ist mit den gleichen Widrigkeiten für den Verein zu rechnen.

Deshalb kann der TVM nur gegen die Bebauung des "Großen Schafkamp" sein.

(U. Lüddecke)

"Sportplatz um die Ecke" soll erhalten bleiben

Dies ist die Meinung der politisch Verantwortlichen der Freien und Hansestadt Hamburg. Sie brachten daher einen Gesetzesantrag im Bundestag ein, der die Konflikte um Sportlärm in Wohngebieten entschärfen soll.

Danach sollen bestehende und bis zum Frühjahr 1993 errichtete Sportstätten für Schul-, Vereins- und Freizeitsport in der Nachbarschaft von Wohnungen weiter zugelassen sein. Hinsichtlich des damit verbundenen Lärms sollen Maximalwerte

für Tages- und Nachtbetrieb festgelegt werden, deren Einhaltung objektiv festgestellt werden kann. Die Tageswerte orientieren sich an den üblichen Werten von Verkehrswegen, kurzzeitig höhere Lautstärken wie "Tor"-Schreie sollen dabei außer acht gelassen werden. An bis zu zehn Tagen im Jahr soll die Benutzung von Startpistolen, Megaphonen und Lautsprecheranlagen unberücksichtigt bleiben, auch wenn dadurch der maximale Tageswert überschritten wird.



Europa-Bericht



Unsere Europaabgeordnete Leyla Onur aus Braunschweig möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß jede Bürgerin und jeder Bürger Beschwerden, die sich im Zusammenhang mit der EG ergeben, in Form einer Petition an das Europäische Parlament einbringen kann. Als Beispiele für Probleme, mit denen sich der Petitionsausschuß des EP's befasse, nannte Frau Onur Diskriminierung aufgrund von Staatsangehörigkeit, ungleiche Behandlung von Mann und Frau oder die Anerkennung von Hochschuldiplomen und Berufsabschlüssen.

Viele Bürgerinnen und Bürger wüßten nicht, daß eine solche Petitionsneingabe möglich sei, erklärte die Abgeordnete. "Nur so kann ein bestimmtes Anliegen im Europäischen Parlament zur Sprache gebracht werden. Es ist zwar keine Gerichtsinstanz, kann keine Vorschriften ändern oder erlassen, es ist aber durchaus in der Lage, durch Druck auf die richtigen Stellen in der EG Einfluß auszuüben.

Neben dem Bundestag und dem Landtag als Ansprechpartner sind Beschwerden zu richten an den Präsidenten des Europäischen Parlaments in L-2929 Luxemburg. Eine Petition müsse einige formale Voraussetzungen erfüllen wie z.B. die schriftliche und unterzeichnete Eingabe und Angaben des Einreichers wie Name, Staatangehörigkeit, Beruf und Wohnort.

Für weitere Auskünfte über Petitionen nannte Frau Onur uns die folgende Anschrift, an die sich jeder wenden könne:

Büro der Europaabgeordneten
Leyla Onur, Europäisches
Parlament, MAE 429, 97-113
Rue Belliard, B-1040 Brüssel,
Tel.: 00322/234-3668.



Im Rahmen ihrer regionalpolitischen Arbeit wies Leyla Onur auf ein ihrer Meinung nach wichtiges Programm der EG-Kommission hin. Danach hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft das Programm "Interreg" vorgelegt. Diese Programm soll sowohl die beteiligten Grenzgebiete zwischen den EG-Staaten als auch die Grenzgebiete an den Außengrenzen der EG zu Drittländern fördern. Aus der Sicht der EG ist die DDR zur Zeit noch ein Drittland, so daß auch bundesdeutsche Grenzgebiete zur DDR prinzipiell Gelder aus diesem Topf erhalten könnten.

"Aufgrund der Förderkriterien der EG-Regionalpolitik können nur einzelne Grenzgebiete Bayerns zur DDR aus diesem Programm bedient werden, jedoch leider nicht unsere niedersächsischen Grenzgebiete", erklärte Frau Onur dazu.

Der Programmvorstellung wird zur Zeit im regionalpolitischen Ausschuß des EP beraten. Mit der Verabschie-

dung der Stellungnahme wird für den Juni 1990 gerechnet, so daß das Programm noch in diesem Jahr anlaufen kann.

Zu den bundesdeutschen Grenzgebieten zur DDR meinte Leyla Onur abschließend: "Ich werde mich in den laufenden Beratungen des Ausschusses dafür einsetzen, daß prinzipiell alle bundesdeutschen Grenzgebiete zur DDR aufgrund der aktuellen Probleme in das Interreg-Programm einbezogen werden."

Nachlese

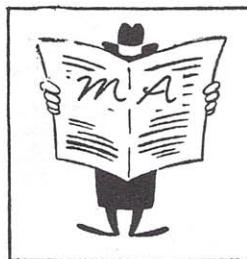
Besser als im vergangenen Jahr war Ende Mai die Stimmung auf dem Volksfest, das wieder in altem Stile organisiert war. Wie bei jeder Lifesendung lief fast alles wie geplant, und gegen die Kälte der Nacht konnte man sich beim Tanz oder auch an der Theke ordentlich aufwärmen. Die Oberen von Rat und Verwaltung der Stadt mußten sich bei Freibier ihre sogenannten "Hausaufgaben" abholen und lobten in der Entgegnung das große Engagement der Organisationen und das Dorf als einen Ort, in dem man sich (noch) wohl fühlen könne.

Es wäre zu viel, all die Höhepunkte des Festes aufzuzählen, ein ganz besonderes Ereignis war jedoch die Proklamation der Schützenmajestäten: Dorfkönigin wurde **Lydia Nolte**, Dorfkönig **Ewald Knop**, Christine Schnelle wurde Festkönigin und Rudolf Storchmann Festkönig; das Mannschaftsschießen gewann der TVM.

Was für eine Zukunft?

"Soziale Besitzstände können nur unter großen Schwierigkeiten geschmälert werden." - Ein entlarvender Satz, den man vor einiger Zeit lesen konnte. Und tatsächlich ist es so: Arbeitnehmer werden in der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr weniger am wachsenden Wohlstand beteiligt. Wie gemäßigt drückt sich der Schreiber des oben wiedergegebenen Satzes doch aus! Das Ifo-Institut stellte kürzlich in einer Umfrage fest, daß der Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit seit acht Jahren fallende Tendenz hat und nunmehr bei etwa 67% des gesamten Volkseinkommens liegt (im Jahr 1981 waren es noch mehr als 74%). Ein Vergleich der Bruttoeinkommen zeigt deutlicher, wohin die Entwicklung geht: während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 1981 bis 1988 um 73% zunahmen, stiegen die Lohnneinkommen im gleichen Zeitraum lediglich um 28%. Das alles sind für sich ganz beachtliche Raten, doch wenn man die ohnehin leicht fragwürdigen Angaben der monatlichen Inflations- (Preisindex)-Raten für diesen Zeitraum nur mit 3% pro Jahr annimmt, dann wird schon eher klar, warum mancher von wachsendem Wohlstand redet, während andere sich nur wundern, wo denn das viele schöne Geld eigentlich geblieben ist. Die Empörung über derart ungerechte Zustände wird aber so richtig wach, wenn man das Heer der Arbeitslosen in die Betrachtung mit einbezieht; allein in unserer Stadt sind dies über 14.000 Menschen, d.h. jeder 9. ist ohne Arbeit, ist also auf die Solidarität der übrigen Arbeitnehmer angewiesen. In Mascherode wären es rein rechnerisch über 100 Menschen, die kein Einkommen aus eigener Arbeit hätten!

Richtigstellung

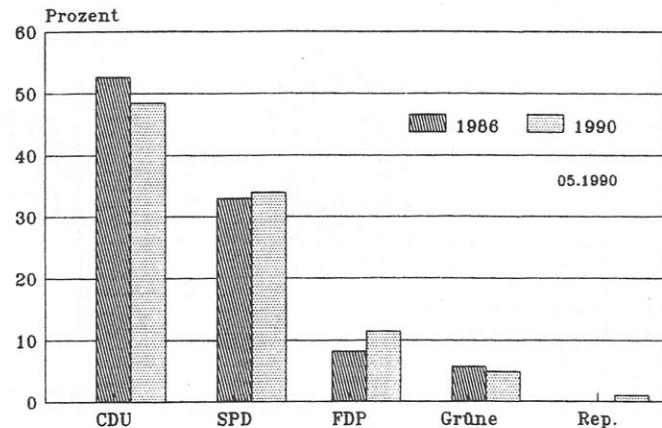


Für unsere März-Ausgabe fielen wir leider einer Fehlinformation zum Opfer: Die jüngsten Sportskanonen des TVM werden immer noch - wie schon seit vielen Jahren - von Gudrun Rüter als Leiterin der Abteilungen "Mutter und Kind" und "Kinderturnen" sehr engagiert und in guter Zusammenarbeit mit Frau Hiller und Frau Engel betreut!

Niedersachsenwahl in Mascherode

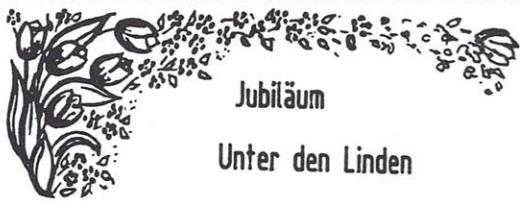
Wenn es nach den Mascheroder Wählern ginge, säße Ernst Albrecht noch ein paar Jahre als Ministerpräsident auf dem Niedersachsenroß. Knapp 60% der Wähler gaben hier ihre Stimme der CDU/FDP-Koalition für den Landtag, nur 0,9% weniger als im Jahre 1986. Landesweit haben sich die Wähler gegen die alte Koalition entschieden und dem Sozialdemokraten Gerhard Schröder den Weg für eine rot-grüne Regierung geebnet. Ob hier das Taktieren mit der Bundestagspräsidentin eine Rolle gespielt

hat? Vielleicht sollten auch dem gar zu schnellen "gesamtdeutschen" Kanzler die Bremsen gezogen werden? Ein Ergebnis, das für viele unerwartet kam. Es steht die Aufforderung, sorgfältig darüber nachzudenken. Im südöstlichen Wahlbezirk Braunschweigs konnte sich Wilfriede Heyer (SPD) als Direktkandidatin nicht gegen ihren Kontrahenten Heiner Herbst (CDU) durchsetzen. Sie steht jedoch als erste Nachrückerin auf der Parteiliste und wird nach dem Ausscheiden eines Landtagsabgeordneten wieder in Hannover dabeisein.



Wird Bezirksrat aufgelöst?

Die Verwaltung läßt nicht locker! Vor einem Jahr hatten die Rechner der Stadtverwaltung festgestellt, daß acht Bezirke an Stelle von bisher 22 im Stadtgebiet Braunschweig der Stadtkasse ca. 370.000 DM Ersparnisse jährlich bringen würden. An den Zahlen zweifelt niemand, jedoch stand diesem Betrag der Verlust der Bürgernähe zum kommunalpolitischen Geschehen gegenüber, so daß es hierfür keine Mehrheit gab. Jetzt versucht es die Verwaltung noch einmal. Ihr Vorschlag: die Zahl der Bezirksräte ist auf 13 zu reduzieren, Gesamtersparnis ca. 200.000 DM/Jahr. Als weitere Begründung für die Zusammenlegung von bisherigen Bezirken führt die Verwaltung an, daß in manchen Stadtbezirksratsfraktionen nicht genügend Mandatsträger als Nachrücker zur Verfügung stünden und daß die größeren Bezirke eine Aufwertung ihrer Kompetenzen erfahren, weil es dann mehr bezirkliche als überbezirkliche Einrichtungen gäbe, für die bis jetzt der Stadtrat zuständig ist. Was für manchen der vielen Braunschweiger Stadtbezirke zutreffen mag, gilt für Mascherode nicht. Hier existiert ein traditionelles in der Nachkriegszeit stark angewachsenes, aber dennoch abgeschlossenes Wohngebiet, das zu den benachbarten Ortsteilen nur relativ wenig kommunalpolitische Beziehungen hat. Unser Bezirksrat sieht mit einer Ausnahme in der Zusammenlegung der Bezirke eine Verschlechterung der Vertretung seiner Mitbürger gegenüber den städtischen Gremien und lehnt das Verwaltungsvorhaben daher ab.



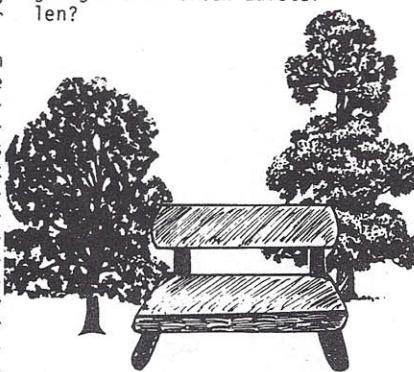
Jubiläum

Unter den Linden

In 30jährigem Krieg mit Quecken, Löwenzahn und Franzosenkraut haben die Kleingärtner "Zu den Linden" immer wieder die Oberhand behalten. Das soll am 7. u. 8. Juli geziemend gefeiert werden! Auch für die nächsten 30 Jahre wünschen wir, daß in ihren Gärten auch weiterhin die dicksten Äpfel und die schönsten Blumen fast wie von selbst wachsen!

Überwältigend

Nicht nur am Rundwanderweg fallen sie auf, auch an verschiedenen anderen Stellen unseres Ortes sind sie unübersehbar: halbierte Eichenstämme, die so schwer sind, daß niemand sie an einen anderen Platz verrücken kann. Sie sind zweifellos zum Ausruhen für müde Wanderer gedacht: z.B. kann man auf dem Weg vom Buchenkamp zur Bushaltestelle an der Alten Kirchstraße prima die weite Aussicht über den idyllischen Parkplatz zwischen Hasengarten und Kl. Schafkamp genießen. Wenn man Glück hat, kann man über die Betrachtung des regen Lebens um das Schadstoffmobil fast den eigentlichen Zweck des Weges vergessen. - Vielleicht lassen sich einige dieser Bänke mit Hilfe der Landwirte an geeigneteren Orten aufstellen?



Friedhof

- Lösung in Sicht

Nach einem Gutachten des Landesamtes für Bodenforschung und der Auffassung des städtischen Gesundheitsamtes sollte die Erdbestattung auf dem hiesigen Friedhof verboten werden. Dieses Ansinnen traf manchen Bürger und machte viele besorgt, vor allem die Alteingesessenen.

Der Sachstandsbericht der Verwaltung auf der letzten Bezirksratssitzung läßt jedoch wieder einen Hoffnungsschimmer glimmen. Mit gewissem technischen Aufwand, z.B. Drainage u.a. mehr, könnte eine Beschaffenheit des Bodens erreicht werden, die eine weitere Bestattung unbedenklich werden läßt. Dann wäre auch die schon lange geplante Erweiterung des Friedhofs endlich möglich.

Das letzte Wort darüber ist jedoch noch nicht gesprochen.

:: Herausgeber: ::::::::::::::: SPD Mascherode:::::::
::: Verantwortlich: :: Axel Bäthge: Mitarbeit: :: Henning Kramer:::
::: Dieter Pilzecker::: Horst Schultze::::: Birgit Jürging :::::::
::: Redaktionsanschrift:::Hinter den Hainen 16:::3300 Braunschweig:
::: Druck: ::::::: Lebenshilfe::::::: Auflage: ::::::: 1500:::::::